



Zeit für Familie – Sozialdemokratische Regierungspolitik für unser Familienland Baden-Württemberg

Baden-Württemberg ist spitze!

In keinem anderen Bundesland ist die Arbeitslosigkeit so niedrig, die Innovationskraft so groß, die Kriminalität so gering und die allgemeine Lebensqualität so hoch. Darauf können wir stolz sein. Und das sind wir auch. Damit dies weiter so bleibt, arbeiten wir Sozialdemokraten in Regierungen im Bund und Land dafür, dass

- Baden-Württemberg täglich weiter zum Musterland für Gute Arbeit wird,
- Baden-Württemberg für beste Bildung sorgt, um gerechte Chancen für alle zu ermöglichen,
- sich alle Familien in Baden-Württemberg wohlfühlen und die Menschen Zeit füreinander haben.

Insbesondere unserer Politik für die Familien in Baden-Württemberg kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu.

Die Familien in Baden-Württemberg haben einen Anspruch darauf, dass wir das bestmögliche für sie tun, damit sich alle hier wohlfühlen. Denn Baden-Württemberg ist Familienland.

Unsere Familie prägt uns – ein Leben lang. Familie zeigt uns woher wir kommen und wohin wir gehören. Hier lernen wir Grundvertrauen und bilden unser Selbstbewusstsein aus. In der Jugend gibt sie uns Orientierung, später Halt in einer Partnerschaft und am Lebensabend die Sicherheit, dass sich auch die eigenen Kinder um einen kümmern. Das wünschen sich die meisten Baden-Württemberger.

Aber unsere Gesellschaft und damit auch die Familien befinden sich im Wandel. Die traditionelle Ehe-Familie nimmt ab und wird durch andere Formen des Zusammenlebens ergänzt.

Lebensgemeinschaften, Alleinerzieherfamilien, gleichgeschlechtliche Eltern und Patchwork-Familien sind längst gelebte Realität neben der Ehe-Familie in Baden-Württemberg.

Die SPD hat schon seit vielen Jahren die Zeichen der Zeit erkannt und beantwortet nicht die Fragen der Vergangenheit, sondern gestaltet Zukunft. Daher ist für uns in der SPD Familie der Ort, an dem Menschen füreinander eintreten. Für uns ist Familie der Ort, an dem man füreinander sorgt, unabhängig von sexueller Orientierung, Staatsangehörigkeit und anderer persönlicher Eigenschaften. Familie ist dort, wo das menschliche Grundbedürfnis nach Verlässlichkeit, Annahme, Schutz und Orientierung besonders erfahrbar wird.

Wir unterstützen die Menschen in Baden-Württemberg dabei, ihren individuellen Familienwunsch leben zu können. Deshalb sorgen wir dafür, dass die Menschen genug Zeit für ihre Familie haben, dass sie sich eine Familie auch leisten können und unterstützen Familien bei Herausforderungen, die insbesondere am Anfang und am Ende eines Lebens auf uns zukommen können.

Diese Herausforderungen werden zunehmend nicht mehr nur von einem Familienoberhaupt alter Schule gemeistert und finanziert, denn die moderne Familie entspricht immer seltener der Alleinverdienerfamilie. Viele Männer und Frauen müssen und wollen gleichermaßen neben Erfüllung des Kinderwunsches ihre Qualifikationen in den Beruf einbringen und ihre Existenz gemeinsam sichern. Gerade junge Familien wollen sich die täglichen Aufgaben aber auch die schönen Momente partnerschaftlich teilen.

Wir Sozialdemokraten sorgen dafür, dass dies möglich wird. Wir sagen nicht, wie Familien leben sollen, sondern wir ermöglichen, dass sie ihren Weg gehen können.

Für uns ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kein Widerspruch. Das hilft allen. Väter haben mehr Zeit für ihre Kinder, Frauen können auch ihre Qualifikationen in die Arbeitswelt einbringen und sind besser vor Altersarmut geschützt, Kinder erleben Vater und Mutter gleichermaßen.

Darüber hinaus setzen wir uns für die Gleichstellung homosexueller Menschen ein, haben gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften im Dienstrecht des Landes verankert und das Schließen dieser Partnerschaften in Standesämtern ermöglicht.

Mehr Zeit für Familie und Beruf

Freude an der Arbeit kann aber nur haben, wer seine Kinder gut betreut weiß. Im Pakt des Landes mit den Kommunen haben wir daher viel Geld in die Hand genommen, um dazu beizutragen, den Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Unter-Dreijährige umzusetzen. Mit einem neuen Landesinvestitionsprogramm stellen wir sicher, dass der Ausbau der Kleinkindbetreuung auch in den kommenden Jahren weiter vorangetrieben werden kann. Im Doppelhaushalt 2015/16 werden die Mittel für die Kleinkindbetreuung um insgesamt 190 Millionen Euro aufgestockt. Damit beträgt die Landesbeteiligung an der Kleinkindbetreuung 660 Millionen Euro im Jahr 2015 und 795 Millionen Euro im Jahr 2016. Zudem wird 2015 ein einmaliges Landesinvestitionsprogramm in Höhe von 50 Millionen Euro aufgelegt. So sorgen wir für beste Bildungschancen von Anfang an und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Seitens des Landes haben wir die Zusage gegeben, dass sich das Land ab dem Jahr 2014 mit 68 % an den Betriebsausgaben für die Kleinkindbetreuung beteiligt. Damit ist Baden-Württemberg das einzige Bundesland, das die Betriebsausgaben in Kinderbetreuungseinrichtungen für Unter-Dreijährige mit einem Anteil von 68% fördert.

Mit unserem gesamten Maßnahmenpaket werden wir bis zum Ende der Legislaturperiode rund 1 Milliarde Euro jährlich in den frühkindlichen Bereich investiert haben. Bei den Vorgängern waren es gerade mal 152 Millionen Euro. Durch den Ausbau der frühkindliche Betreuung und Bildung sorgen wir dafür, dass es nach der Krippe keinen Bruch in der Betreuung gibt.

In den Tageseinrichtungen für unter Dreijährige im Land betreut eine Fachkraft durchschnittlich 3,1 Kleinkinder. Damit belegt Baden-Württemberg laut Statistischem Bundesamt den Spitzenplatz im Vergleich aller 16 Bundesländer. Auch bei der Anzahl der Betreuungsplätze sind wir vom letzten Platz auf Platz 2 gestiegen. Baden-Württemberg ist ein modernes und offenes Land!

Wir werden uns weiterhin für einen bedarfsgerechten Ausbau der Kleinkindbetreuung einsetzen – ohne an der Qualität zu sparen. Nur so leisten wir einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit und schaffen es, junge Familien durch eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entlasten. Mit dem Ausbau der Ganztagschulen sorgen wir für mehr Bildungsgerechtigkeit, dafür, dass Kinder und Jugendliche einen rhythmisierten Tagesablauf haben, ausgewogenes Essen bekommen, aus Schulen ein Lern- und Lebensort wird. 2011 boten lediglich 339 Grundschulen Ganztagsbetreuung auf der rechtlichen Basis eines Schulversuchs an. In den letzten vier Jahren hat die Landesregierung in Baden-Württemberg die Ganztagsgrundschule im Schulgesetz fest verankert. Es wurden bereits weitere zusätzliche 276 Anträge bewilligt.

Wir wollen die Betreuungsangebote in den Ferienzeiten ausbauen. Berufstätige Eltern haben in der Regel weniger Urlaubstage als ihre Kinder Schulferien haben. Wir wollen die Kommunen, Bildungs- und Jugendeinrichtungen und Vereine darin unterstützen, mehr Betreuungsangebote in den Ferien zu machen.

Für uns Sozialdemokraten ist Schulsozialarbeit eine Förderung von Schülern, Lehrern und Familie. Deshalb beteiligt sich seit 2012 das Land wieder zu einem Drittel an den Kosten der Kinder- und Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen. Dies wurde im Pakt für Familien ebenfalls vereinbart. Schwarz-Gelb hatte sich zuvor beharrlich geweigert, die Kommunen hier finanziell zu unterstützen. Mit inzwischen über 1000 neuen Schulsozialarbeiterinnen und -Sozialarbeitern haben wir die Betreuung und Unterstützung für Schülerinnen und Schüler deutlich verbessert. Und wir haben dieses Angebot für alle öffentlichen Schulen geöffnet, denn für uns ist Schule nicht nur ein Lernort, sondern eine soziale Gemeinschaft.

Mit SPATZ (Sprachförderung in allen Tageseinrichtungen für Kinder mit Zusatzbedarf) haben wir ab dem Kindergartenjahr 2012 die Sprachförderung in Baden-Württemberg neu geordnet. So können nun alle Einrichtungen wichtige Instrumente zur Sprachförderung nutzen und wir unterstützen Familien bei Spracherwerb der Kleinen.

Mehr Zeit für Pflege, Familie und Beruf

Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist aber nicht nur ein Thema, das Eltern beschäftigt. Es ist auch ein Thema, das Kinder vor große Herausforderungen stellt, wenn die Eltern zum Pflegefall werden. Jede Bürgerin und jeder Bürger kann in die Situation kommen, als pflegender Angehöriger den Familienalltag und den Berufsalltag überstürzt umorganisieren zu müssen. Der demografische Wandel trägt ebenso dazu bei, dass die Frage der Pflege eines nahen Angehörigen einen immer größer werdenden Personenkreis betrifft. Viele der pflegenden Angehörigen, und dies sind meistens Frauen, sind allerdings gleichzeitig berufstätig. Beruf und Pflege vereinbaren zu können, kostet viel Kraft und erfordert zeitliche Flexibilität im Alltag. Daher benötigen pflegende Angehörige unsere Unterstützung.

In den vergangenen Jahren haben wir viel unternommen, um pflegende Angehörige zu unterstützen. Wir haben beispielsweise endlich Pflegestützpunkte aufgebaut. Mit dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz haben wir eine Grundlage dafür geschaffen, dass Menschen möglichst lange in der gewohnten Umgebung leben können. Die Menschen wollen heute selbstbestimmt und in Würde ihr Lebensumfeld gestalten, auch wenn sie auf Pflege, Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Sie möchten auch im Alter oder bei Behinderungen mitten im Leben und mitten in der Gesellschaft bleiben. „Ambulant vor stationär“ lautet einer der zentralen Grundsätze des Gesetzes: Menschen sollen so lange wie möglich in ihren eigenen vier Wänden oder in einer gemeinschaftlichen, ambulant betreuten Wohnform bleiben. Erst wenn der Pflegebedarf nicht mehr anders abgedeckt werden kann, erfolgt der Umzug ins Pflegeheim. Baden-Württemberg ist mit dieser Neuregelung bundesweit Vorreiter.

Mit dem Pflegezeitgesetz geben wir Angehörigen jetzt zudem die Möglichkeit bis zu zehn Tage im akuten Notfall der Arbeit fernzubleiben, um alle Fragen rund um den Pflegefall zu klären. Darüber hinaus können Angehörige jetzt auch bis zu sechs Monate Pflegezeit in Anspruch nehmen.

Mit dem Pflegestärkungsgesetz verbessern wir vor allem die Situation der Menschen, die zu Hause gepflegt werden. Das sind derzeit zwei Drittel der Pflegebedürftigen.

Unternehmen müssen aber auch in verstärktem Umfang Angebote, wie zum Beispiel eine pflegesensible Arbeitszeitgestaltung, unterbreiten. Nur so können wir bei Pflegefällen in der Familie die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege sicherstellen.

Mehr Rechte für Menschen mit Behinderungen

Mit dem Landesbehindertengleichstellungsgesetz sind wir einen großen Schritt vorangekommen hin zu gleichberechtigter Teilhabe, besserer Barrierefreiheit und zu einer effektiveren Durchsetzung der Rechte von Menschen mit Behinderungen. Baden-Württemberg hat bundesweit durch unser Regierungshandeln eines der modernsten Gleichstellungsgesetze. Das neue Gesetz orientiert sich durchgängig am Prinzip der Inklusion und nicht mehr wie bisher am Prinzip der Fürsorge.

Damit vollziehen wir den von der UN-Behindertenrechtskonvention vorgegebenen Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik. Zudem setzen wir mit den verpflichtenden Behindertenbeauftragten auf Kreisebene bundesweit Maßstäbe. Damit haben Familien jetzt verlässliche Ansprechpartner.

Gutes Leben. Auskömmliche Lebensgrundlage für Familien

Finanzielle Sicherheit ist eine Grundlage für die Entscheidung für Kinder für viele junge Menschen. Wir Sozialdemokraten arbeiten daher dafür, dass sich die Bürger in unserem Land Familie auch "leisten können".

Daher haben wir im Land das Tariftreuegesetz verabschiedet. Öffentliche Aufträge gibt es künftig nur für Unternehmen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen. In den Bereichen ohne Tarifverträge greift der Mindestlohn. Davon profitieren alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ihre Familien, aber auch unser ehrlicher Mittelstand und das Handwerk.

Wir setzen uns aber auch für die gleiche Bezahlung von Leiharbeitskräften und Stammbeschaftung in Unternehmen und gegen den Missbrauch von Werkverträgen ein. So gibt es einen Anreiz, reguläre Beschäftigung zu schaffen.

Entgeltgleichheit: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit bei Frauen und Männern

Frauen werden bei gleicher Qualifikation oft schlechter bezahlt als ihre Kollegen und bei Beförderungen häufig übergangen. Deshalb haben wir im Bundesrat mehrere Initiativen zur Entgeltgleichheit eingebracht. Die SPD Baden-Württemberg hat erreicht, dass gerade in diesem Bereich viele unserer Positionen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung aufgenommen wurden. Denn gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss auch hier gelten.

Mehr Frauen in Führungspositionen

Auch auf Initiative der SPD Baden-Württemberg haben wir in der Bundesregierung das Gesetz zur Förderung von Frauen in Führungspositionen eingebracht und umgesetzt. .

Mehr als 100 börsennotierte und voll mitbestimmungspflichtige Unternehmen werden verpflichtet, bei der Neubesetzung ihrer Aufsichtsräte ab dem Jahr 2016 eine Geschlechterquote von mindestens 30 Prozent zu erfüllen.

Unternehmen, die nur eine der beiden Voraussetzungen erfüllen - also entweder börsennotiert oder mitbestimmt sind - müssen sich ab 2015 verbindliche Ziele zur Erhöhung des Frauenanteils setzen. Dazu zählen rund 3.500 Unternehmen, sie dürfen nicht hinter ihren jetzigen Stand zurückzufallen und müssen Fortschritte regelmäßig veröffentlichen.

Vereinbarkeit von Beruf und kleinen Kindern

Wenn aus Mitarbeitern Eltern werden, dann sorgen wir mit dem Elterngeld dafür, dass die finanzielle Grundlage nicht wegbricht und ein Wiedereinstieg für Vater und Mutter auch nach einer Berufspause für die Kinder und Eltern problemlos möglich ist. Doch gerade dann wenn sich Familien partnerschaftlich um Beruf und Kinder kümmern wollen, war es zu starr. Deshalb haben wir 2014 mit dem ElterngeldPlus wichtige Weichen für Partnerschaftlichkeit gestellt.

Mit dem ElterngeldPlus gibt es jetzt für Mütter und Väter noch mehr Möglichkeiten Familie und Job unter einen Hut zu bringen. Wenn sie in Teilzeit arbeiten, können sie künftig doppelt so lange Elterngeld beziehen. Und wenn sich beide gleichmäßig die Betreuung ihrer Kinder teilen, gibt es sogar noch mal vier Monate oben drauf.

Eltern, die sich die Erziehungsarbeit im ersten Lebensjahr ihres Nachwuchses teilen und beide im Umfang von 25 bis max. 30 Wochenstunden arbeiten, soll ein zusätzlicher Partnerschaftsbonus in Höhe von 10 Prozent des errechneten monatlichen Elterngeldanspruches gewährt werden.

Wir flexibilisieren die Elternzeit, um den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu erleichtern. Die Möglichkeit, Elternzeit auf einen Zeitraum zwischen dem dritten und achten Lebensjahr des Kindes zu übertragen, soll von bisher 12 auf bis zu 24 Monate ausgeweitet werden.

Gute und sichere Arbeit

In Baden-Württemberg gibt es immer noch zu viele Menschen, die keinen ordentlichen Arbeitsplatz oder einen Ausbildungsplatz finden. Mit dem Landesarbeitsmarktprogramm „Gute und sichere Arbeit“ ändern wir das – für Alleinerziehende, Langzeitarbeitslose und Auszubildende, die Hilfe brauchen. Gerade mit der Förderung von Teilzeitausbildung ermöglichen wir Familie und eine zweite Chance auf Ausbildung zu vereinbaren und legen so die Grundlage dafür, dass ein Leben ohne Armut für Eltern und Kind möglich wird.

Zeit für Familie - Arbeitswelt gestalten

Wir haben schon vieles angepackt, was gut für unsere Familien ist. Das war wichtig. Jetzt werden wir Schritt für Schritt weitermachen.

Wir machen eine fortschrittliche Politik, die Antworten auf die Herausforderungen der Menschen im Alltag bietet.

Wir wollen noch mehr tun für Kinder und Familien. Und für die Generation der 30- bis 50-Jährigen, die von verschiedenen Seiten unter Druck geraten. Sie sollen höchste Leistung im Beruf bringen, sich zu Hause um die Kinder kümmern – und manchmal zusätzlich noch um die Pflege eines Angehörigen. Was kann, was muss, die Politik leisten, um Entlastung zu schaffen?

Um Zeit für Familie zu schaffen, müssen flexible Arbeitszeitformen wie Langzeitkonten, partnerschaftliche Arbeitszeitmodelle, Teilzeitarbeit und alternierende Telearbeit ausgebaut bzw. durchgesetzt werden. Wir wollen den Beschäftigten einen rechtlichen Anspruch auf befristete Teilzeit geben, die von der Stundenzahl her der Vollzeit nahe kommt. Gleichzeitig wollen wir im

Teilzeitbereich gleichen Lohn, gleiche Qualifizierungsmöglichkeiten und gleiche Aufstiegschancen von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten durchsetzen. Wir brauchen eine echte Vereinbarkeitsdebatte im Land, die auch bei flexibler Arbeitszeitgestaltung und Teilzeitarbeit die Vereinbarkeit mit beruflicher Karriere ermöglicht.

Uns Sozialdemokraten ist es aber auch wichtig dass Frauen und Männer Zeit für ihre Kinder haben. So ermutigen wir Arbeitgeber flexible Arbeitszeitformen zu ermöglichen. Homeoffice muss ebenso wie Teilzeit möglich sein und zwar auch in Führungspositionen.

Familien brauchen bezahlbaren Wohnraum

Ein guter Lohn reicht nicht aus, wenn die Mieten unbezahlbar werden. Wir setzen daher auf eine Wohnraumpolitik, die ihren Namen verdient. Familien brauchen Wohnungen, die bezahlbar sind. Deshalb haben wir die Förderung für den Bau von Mietwohnungen stark erhöht, ohne dabei die Eigenheimförderung zu kürzen. Im Doppelhaushalt 2015/2016 wird unser Wohnraumförderungsprogramm auf jährlich rund 75 Millionen Euro ausgebaut. Damit wird das Programm bereits zum zweiten Mal aufgestockt. 2013 und 2014 waren es je rund 63 Millionen Euro, während die Wohnraumförderung unter Schwarz-Gelb zuletzt nur 48 Millionen Euro umfasste.

Gutes Aufwachsen – Kinderarmut bekämpfen

Für uns Baden-Württemberger sind unsere Kleinen ganz groß. Aber unsere Kleinsten sind auch die Schwächsten der Gesellschaft, daher müssen wir sie besonders schützen.

Deshalb verankern wir die Kinderrechte in der Landesverfassung. Und auch in unserem neu eingeführten Armuts- und Reichtumsbericht legen wir mit Blick auf Kinderarmut im Land einen besonderen Fokus auf die Kleinsten. Mit dem Programm STÄRKE sichern wir darüber hinaus einen guten Start ins Leben. Es hat zum Ziel, Eltern in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken und Entwicklungsmöglichkeiten zu verbessern. Mit dem Zukunftsplan Jugend hat das Land die Mittel für die Jugendhilfe erhöht und den Trägern finanzielle Verlässlichkeit garantiert.

Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements

Baden-Württemberg braucht weiterhin eine an den vielfältigen Lebensrealitäten von Eltern und Kindern orientierte Familienpolitik. Für uns ist die Familie im 21. Jahrhundert der Ort, wo Menschen unterschiedlicher Generationen verbindlich füreinander Verantwortung übernehmen. Dabei spielt insbesondere auch das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement eine wesentliche Rolle für diesen sozialen Zusammenhalt. Wir wollen dieses Engagement aufnehmen, unterstützen und befördern. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist das Bildungszeitgesetz mit Freistellungsregelungen für Weiterbildung auch für das Ehrenamt. So bleibt der Urlaub Familienzeit.

Zeit für Familie

Die SPD steht für einen Aufbruch in der Familienpolitik in Baden-Württemberg. Wir sorgen als Regierungspartei in Baden-Württemberg und im Bund dafür, dass sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen und sich die Partner gemeinsam an der Familienarbeit beteiligen. Wir arbeiten daran, dass die Arbeitswelt familienbewusster wird. Wir unterstützen Familien gezielt finanziell und verbessern die Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen von klein auf.